

Herr Puffe begründete für die antragstellende Fraktion den Antrag. Den Parkplatz an dieser Stelle halte man als Ersatz für weggefallenen Parkraum im Hinblick auf die dort ansässigen Geschäftstreibenden für sinnvoll und notwendig. Entsprechende Mittel hierfür sollten bei den nächsten Haushaltsberatungen eingestellt werden.

Frau Jung von der FDP-Fraktion erinnerte an den seinerzeitigen Vorschlag von Herrn Gleß, der aber aus vergaberechtlichen Gründen nicht durchzuführen war. Damals war von einem Kostenvolumen von ca. 80.000,00 € die Rede. Jetzt liege, wenn sie sich recht erinnere, das Gesamtvolumen für diesen Parkplatz bei 160.000,00 €. Den Argumenten für den Parkplatz an dieser Stelle für solch einen Betrag könne sie nicht folgen und daher könne man dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinte, dass für ihn das Vorhaben zwei Dimensionen hat. Die erste sei verfahrenstechnischer und finanzieller Art. Im Antrag sei unglücklich formuliert worden, für die Anlegung des Parkplatzes einen Betrag in den Haushalt einzustellen. Heute habe man keine Haushaltsberatungen. Bei Beratungen über den Haushaltsentwurf 2016 müsse man entscheiden, wie die gedeckelten Investitionsmittel aufzuteilen sind. Vor diesem Hintergrund sei es ungünstig, jetzt einen Beschluss zu fassen, der die Verwaltung festlegt, denn diese Mittel müssten an anderer Stelle eingespart werden. Die zweite Dimension des Antrages sei inhaltlicher Art. Man sehe in diesem Parkplatz eine Option, sehe aber auch den Parkraumbedarf für die Geschäftsleute. In dem seinerzeit beschlossenen Stadtteilentwicklungskonzept seien Maßnahmen vorgestellt worden, die es gilt, jetzt umzusetzen. Daher müsse nunmehr ein konzeptioneller Ansatz erfolgen, wer in Niederpleis welchen Parkplatzbedarf besitzt und ob dieser Bedarf durch temporäres Parken auf dem Jakob-Fußhöller-Platz gelöst werden könnte. Dabei sei auch zu prüfen, ob bei der Realisierung des im Antrag genannten Parkplatzes Parkplätze im Straßenraum wegfallen könnten. Auch müsse man die Funktionsfähigkeit des Kreisels überprüfen. Alles das wäre aber im Zuge einer Gesamtplanung zu prüfen. Wenn also die Verwaltung meint, diese Dinge in eine Gesamtkonzeption einzubringen und sie zu prüfen, solle sie das auch tun. Einen entsprechenden Beschluss des Ausschusses bedarf es seiner Meinung nach aber nicht.

Frau Bergmann-Gries von der SPD-Fraktion wie darauf hin, dass zu berücksichtigen ist, dass das Nahversorgungszentrum und auch die Raiffeisenbank in Niederpleis neu entstanden sind. Hier sollte man erst beobachten, wie sich die Verkehrsströme entwickeln und wie sich die Besucher an ihrem Parkverhalten orientieren. Auch sie halte eine konzeptionelle Betrachtung für notwendig. Eine temporäre Öffnung des Jakob-Fußhöller-Platzes sei denkbar. Außerdem verwies sie auf die jüngsten Haushaltsberatungen. Dort bereits hätte man den Antrag stellen können, entsprechende Mittel einzustellen.

Herr Puffe räumte ein, dass die Formulierung „Mittel im Haushalt einzustellen“ unglücklich gewählt ist. Den Gewerbetreibenden sei seinerzeit zugesagt worden, dass man sich um die Parksituation kümmert. Seine Fraktion wollte das mit diesem Antrag deutlich machen. Wenn die Verwaltung jetzt zusagt, dass die Parksituation zeitnah in eine Konzeptentwicklung einfließt, könnte man den Gewerbetreibenden eventuell eine entsprechende Lösung aufzeigen. Dann müsste auch über diesen Antrag nicht abgestimmt werden.

Herr Gleß von der Verwaltung erinnerte daran, dass im Zuge der Rahmenplanung der Bedarf an Parkplätzen überprüft wurde. Hier sei man zu ganz bestimmten Ergebnissen gekommen, die auch schlussendlich umgesetzt wurden. Auch wegen der fehlenden Erforderlichkeit wurden keine zusätzlichen Parkplätze angelegt. Das Geschäftszentrum sei neu. Von der Frequenz des Nahversorgungszentrums würde die Entwicklung des Verkehrs abhängen. Weil alles so neu ist, rate er, die weitere Entwicklung des Verkehrsaufkommens an dieser Stelle abzuwarten. Sollte sich herausstellen, dass ein Bedarf für einen Parkplatz tatsächlich vorhanden ist, sollte man auch entsprechend reagieren.

Damit war die CDU-Fraktion einverstanden und zog den Antrag zurück.

Um 22.10 Uhr beendete der Ausschussvorsitzende die öffentliche Sitzung und verwies die noch zu beratenden Tagesordnungspunkte sowie den nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung in die nächste Sitzung am 17.03.2015.